

Vorwort

Das Internet mit seinen unzähligen Instrumenten und Formaten ist die Grundlage einer völlig veränderten Kommunikationskultur. Nicht umsonst sprechen wir von der Digitalen Revolution.

Es geht in dieser Arbeit um die Auswirkungen der digitalen Medien auf die politische Kommunikation und das veränderte Beziehungsgeflecht zwischen Bürgergesellschaft und Politik in der repräsentativen Demokratie. Die digitalen Medien ermöglichen einen stark erweiterten Zugang zu Informationen und potenziellem Wissen. Allerdings findet eine sachgerechte Bedeutsamkeitsselektion und Objektivierung von Inhalten durch den Wegfall wichtiger Gatekeeper-Rollen im Internet, wie es vor allem Journalisten/innen für die traditionellen Medien sind, kaum mehr statt. Meinungen bilden sich in einer fragmentierten Öffentlichkeit, in unzähligen Netzwerken, mit der Tendenz zur milieubezogenen Selbstreferenzialität.

Partizipative Angebote passen vor diesem Hintergrund offenbar nicht in den sozialen Kontext der Internetrezipienten, ihre Nutzung bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Zahlen aus Umfragen hinsichtlich der Nutzung von digitalen Medien bestätigen, dass die allgemeine Bevölkerung sich lieber mit Entertainment und Konsumangeboten im Netz beschäftigt, als aktiv nach Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten für politisches Engagement zu suchen.

Hat das Internet aber Einzug gefunden in den Arbeitsalltag der unterschiedlichen Akteure der politischen Kommunikation? Wie weit ist der Aneignungsprozess digitaler Medien fortgeschritten?

Während Staatsmänner wie Donald Trump und Wladimir Putin gelernt haben, die neuen digitalen Möglichkeiten geschickt für sich zu nutzen, befinden sich Politik und Verwaltung in Deutschland nach wie vor in einer Phase des Ausprobierens, strategische Planungen sucht man vergebens.

Zivile Gruppen, die besonders netzaffin und politisch interessiert sind, haben unterschiedliche Formen des netzpolitischen Aktivismus herausgebildet. Angefangen von der Click-Beteiligung, Watching-Portalen, Hackathons bis hin zum codierten Widerstand, beschränken sich diese Aktionen jedoch auf eine Minderheit, die von den Massenmedien kaum wahrgenommen werden und daher die Mehrheit der Bevölkerung kaum erreichen.

Aber das Internet hat die politische Kommunikation um neue und ungeahnte Dimensionen erweitert, die sehr wohl Auswirkungen auf den demokratischen Meinungsbildungsprozess, auf die weitere Fragmentierung der Teil-Öffentlichkeiten, auf das Vertrauen der Bürger/innen und schließlich auf die Legitimität von Politik in einer modernen Demokratie haben.

Als ich mit den Arbeiten vor drei Jahren begann, war schon bekannt, welche neuen und wirksamen Auswirkungen das Netz für die Organisation von Widerständen haben kann, was im sog. Arabischen Frühling deutlich wurde. Eindrucksvoll war auch die Vernetzung der Flüchtlinge nach Europa, die Frau Merkel allemal unterschätzt hatte.

Aber auch zivile Gruppen von (Netz-)Aktivisten mobilisieren sich über das Netz, starten Online-Kampagnen und ziehen ab einem gewissen Grad von Viralität im Netz auch die nach wie vor notwendige Aufmerksamkeit der klassischen Massenmedien auf sich. Über diesen Weg erreichen Kampagnen von betroffenen Minderheiten die allgemeine Bevölkerung. Diese Aktivitäten werden in der Arbeit am Beispiel des Bahnhofprojektes Stuttgart 21 diskutiert.

Die Herausbildung einer so genannten Meme-Kultur als neue Populärkultur im Internetzeitalter nutzt die Netzwerkeffekte für die virale Verbreitung ihrer oft kreativen Inhalte. In einer subtilen Form wird auf witzige oder zynische Weise Kritik an Politik und Gesellschaft geübt und die Meme-Kultur bedient sich dabei häufig einer codierten Sprache, die nur für „Insider“ verständlich sein soll. Es gibt keinen vorherrschenden Diskurs und es ist schwierig, von außen zu erkennen, wer Sender und Empfänger ist.

Auch das Leaking war bekannt, denn Edward Snowden hatte im Sommer 2013 einige Praktiken des amerikanischen Geheimdienstes NSA der Öffentlichkeit zugespielt. Mehr Transparenz durch Leaking verstärkt die Legitimationszweifel der Bürger/innen. Die Auseinandersetzung mit Enthüllungen zeigt aber, dass die Offenlegung geheimer Daten unter dem Schutz der Anonymität einen wichtigen Beitrag zum herrschaftsfreien Diskurs leistet. Inzwischen sind einige neue Skandale bekannt geworden. Der Leaking-Fall zu den Panama Papers hat gezeigt, dass mit der Internettechnologie riesige Datenmengen global an mehrere investigative Journalist/innen gleichzeitig verschickt werden können. Diese Journalisten/innen wiederum verfügen über die notwendige Medienkompetenz, um mit den Whistleblowern verschlüsselt kommunizieren zu können und sie können die großen Datenmengen empfangen, sortieren und auswerten, um sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Möglichkeiten zur Aufdeckung von Missständen und Korruption kann bei Politiker/innen und in Unternehmen nachhaltig zu mehr „political correctness“ führen, so die Annahmen aus den Schlussfolgerungen in der Arbeit. Leider scheint die deutsche Politik auch in dieser Frage paralyisiert. Die Bundesrepublik hat auf G20-Ebene mehrfach versprochen, Whistleblower besser zu schützen, seit 2012 liegt dem Deutschen Bundestag ein Gesetzentwurf „zur Förderung von Transparenz und zum Diskriminierungsschutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern (Whistleblowerschutzgesetz) vor. Der Gesetzentwurf wird bis dato nicht behandelt.

Eine neue Dimension der Manipulation in der politischen Kommunikation wurde erst nach Beendigung der Arbeit deutlich: Im US-Präsidentschaftswahlkampf soll der russische Geheimdienst auf Weisung von Präsident Putin mit Fake-News-Kampagnen das Ansehen von Hillary Clinton beschädigt haben zugunsten des heutigen Präsidenten Trump. Über die Frage, inwieweit Trump und sein Wahlkampfteam an diesen Aktionen durch vorherige Absprachen

beteiligt waren, wird von einem Sonderermittler geprüft. Aber auch der französische Präsidentschaftswahlkampf von Emmanuel Macron soll Ziel der Hackergruppe „Pawn Storm“ gewesen sein, der eine Nähe zum russischen Geheimdienst nachgesagt wird. (Handelsblatt 2017) Es gibt mittlerweile auch selbstständige Nachrichtenagenturen, wie zum Beispiel Breitbart (2017), die gezielt im Internet Fake-News verbreiten und dadurch die Menschen mit „Falschinformationen“ zu beeinflussen versuchen.

An der Art und Weise der Nutzung digitaler Medien durch Donald Trump zeigt sich ohnedies eindrucksvoll die neue Dimension der politischen Kommunikation durch digitale Medien. Mit Hilfe seiner Twitter-Aktivitäten hat er schon als designierter Präsident angekündigt, dass er Zölle für den Import von Autos in die USA erheben werde, die in Mexiko gebaut werden. Kurz darauf teilten die betroffenen Autokonzerne mit, ihre geplanten Fabriken nicht in Mexiko sondern in den USA zu errichten. Das belegt, welche Ausprägungen die Aneignung der digitalen Medien von mächtigen Politiker/innen haben können. Es reichen heute 140 Zeichen einer Twitter-Nachricht eines Staatspräsidenten, damit Konzerne Unternehmensentscheidungen fast über Nacht ändern. Vor dem Zeitalter der digitalen Medien wäre dies so nicht passiert. Viele der Aussagen, die der US-Präsident Donald Trump in seinen Tweets trifft, hätten früher das Presse- und Öffentlichkeitsbüro nicht verlassen und wären auch nicht auf der Website der eigenen Partei erschienen und nicht in den Redaktionen der Tageszeitungen und der Fernsehsender gelandet. Staatsführer haben mittlerweile gelernt, die Kommunikationsmöglichkeiten der neuen digitalen Medien geschickt für sich zu nutzen. Dabei umgehen sie die klassischen Gatekeeper, die es im Internet nicht gibt. Ein Vorgehen mittels Gesetzen, um Fake-News zu bestrafen, scheint kein wirksames Mittel dagegen zu sein. So erklärt der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki in einem Interview gegenüber der Tageszeitung Der Tagesspiegel:

„Die Verbreitung von Fake News lässt sich nicht mit Gesetzen stoppen. Wir brauchen kein Wahrheitsministerium, das festlegt, was wahr und was falsch ist.“ (Der Tagesspiegel 2017a)

Und ich füge hinzu: Die Herren Trump, Putin und andere würden auch bestehende Gesetze nicht schrecken. Gesetze gegen Fake News oder Hate Speech (Hassrede), wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG), können das eigentliche Problem von Fake News nicht lösen, nämlich verlässliche Möglichkeiten zu schaffen, wie diese überhaupt als solche im Netz erkannt werden können. Mit dem NetzDG ist aber zumindest ein Beschwerdemanagement für Nutzer/innen sozialer Netzwerke Gesetz geworden und gilt für Anbieter von sozialen Netzwerken, die mehr als zwei Millionen deutsche Nutzer haben und mit drastischen Strafen belegt werden können, wenn derartige Informationen nicht unverzüglich aus den sozialen Netzen entfernt werden.

Es gibt aber noch viel bedrohlichere Gefahren und Manipulationsmöglichkeiten, vor denen IT-Experten/innen schon lange warnen. Im Mai 2017 wurden die Warnungen bestätigt, dass

sensible Infrastrukturen aufgrund veralteter Computersysteme und Sicherheitslücken in Betriebssystemen leicht durch Hackerattacken zerstört oder manipuliert werden können. Der Tagesspiegel vom 14. Mai 2017 berichtet, dass ein Erpressungstrojaner mit dem Namen „Wanna Cry“ in Großbritannien und Schottland Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen lahmgelegt hat und die Ticketautomaten und Anzeigetafeln an den Bahnhöfen der Deutschen Bahn ausfielen. Die Computersysteme werden bei Angriffen dieser Art verschlüsselt und es wird von Unternehmen Lösegeld gefordert. Allein der deutschen Wirtschaft entsteht durch solche kriminellen Attacken ein jährlicher Schaden von mehr als 50 Milliarden Euro.

„Die Sicherheitslücke, die von ‚Wanna Cry‘ ausgenutzt wird, ist seit einigen Monaten bekannt. Nach Angaben der IT-Sicherheitsfirma Malwarebytes ist die Schwachstelle Teil eines NSA-Hackingtools, das eine Gruppe namens ‚The Shadow Brokers‘ öffentlich machte. Mit dem Schädling soll der US-Geheimdienst Fernzugang auf die angegriffenen Computer erhalten haben. (Der Tagesspiegel 2017b, S. 2)

Der Manipulation im Netz sind offenbar keine Grenzen gesetzt. Aktuell rücken das Darknet und das Deep Web zunehmend in den Fokus der öffentlichen Diskussion. Die Anonymität des Darknets bietet Raum für Mobilisierung und Vernetzung, ohne dabei unmittelbar überwacht zu werden.

Das „neue“ digitale Territorium ist von den Akteuren der politischen Kommunikation umkämpft. Auch wenn Netzaktivisten und Behörden um die klaren verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen wissen, stehen sich beide Interessengruppen feindlich in der Öffentlichkeit gegenüber. Es geht in dieser Arbeit natürlich nicht um die Frage, ob Straftaten im Netz verfolgt und abgeurteilt werden müssen. Es geht ausschließlich darum, inwieweit das Freiheitsrecht des Art. 5 Grundgesetz eingeschränkt werden muss, damit Strafverfolgung wirksam möglich ist. Auf der einen Seite fordern Gruppen ziviler Netzaktivisten mehr Transparenz und Offenheit von staatlichen Behörden und Verwaltung, ihre eigenen Aktionen im Netz wollen sie durch den Schutz von Anonymität aber gesichert sehen. Auf der anderen Seite wollen Strafverfolgungsbehörden mehr Einschränkungen von Anonymität und eine Erweiterung der Ermittlungsmethoden mit dem Argument einer wirksameren Terrorismusbekämpfung und einer Erleichterung der Strafverfolgung. Ihre eigenen Maßnahmen wollen sie aber gegenüber dem Parlament nicht detailliert offenlegen. Die Aufklärungsraten der Polizei im Zusammenhang mit Internetstraftaten unterlegen durchaus die Wirksamkeit polizeilicher Ermittlungen vor dem Hintergrund bestehender Regelungen.

Allzu leicht wird vergessen, dass Verfassungen den überwiegenden Sinn haben, staatlicher Gewalt, und dazu gehören auch nicht verhältnismäßige Ermittlungsmaßnahmen, Grenzen zu setzen.

„Menschenrechte sind Abwehrrechte, die demokratisch verfasste Staaten ihren Bürgern zum Schutz gegen die Machtasymmetrie zwischen Individuen und Staat einräumen. [...] Die nächste Generation digitaler Infrastrukturen, das Internet der Dinge, das

immer mehr Gegenstände unseres Alltags mit digitalen Schnittstellen ausstattet, wird nicht mehr nur anhand von Effizienzkriterien, sondern zunehmend auch an seinen Folgen für die individuelle und kollektive Selbstbestimmung bewertet.“ (Hofmann 2017)

Die Tatsache, dass die Politik zum Beispiel in Bezug auf das Whistleblowerschutzgesetz tatenlos bleibt, zeigt ihre Beeinflussbarkeit durch die zuständige Verwaltung. Die Frage wird aufgeworfen, wie viel Verwaltung ist sinnvoll, wie viel unabhängiger politischer Entscheidungswille ist gefordert.

Teil der Arbeit sind auch die wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse und ihre Gefahren für die politische Kommunikation. Die für die politische Kommunikation und für die demokratische Meinungsbildung notwendige Meinungsvielfalt wird durch Konzentrationsprozesse bedroht, die von weiteren neuen Medienakteuren ausgehen. Informationsintermediäre, wie die Suchmaschine Google, und die zunehmende Bedeutung von sozialen Medien und Video-Sharing-Plattformen, wie YouTube, gewinnen vor allem bei jüngeren Generationen zunehmende Bedeutung für die informierende Mediennutzung. Dabei wird aufgrund des Marktanteils von Google auf dem deutschen Meinungsmarkt ein kritischer Einfluss auf die Meinungsbildung unterstellt. Die Arbeit zeigt die Problematik auf, dass in einer globalisierten Welt ein nationales Kartellrecht bei einer quasi marktbeherrschenden Position eines Internetkonzerns nicht greift.

Nach alledem bleibt die ernüchternde Feststellung, dass die grenzenlose Informationsflut die politische Kommunikation keineswegs nur bereichert hat. Die Homogenität der sozialen Netzwerke bietet Zuflucht vor der Informationsflut des Internets, die bei den Menschen Desorientierung auslöst. Die Arbeit entzaubert die Hoffnungen, dass Bürger/innen und Politik besser und gleichberechtigt miteinander kommunizieren können. Das Gegenteil ist der Fall: Gerade die Netzwerkeffekte des Internets führen dazu, dass selbst politische Parteien und parteinahe Foren unerwünschte Gäste und kritische Meinungen ausschließen. Andersdenkende, die mit Fake-Profilen in ein homogenes Meinungsklima (Habermas) eindringen, werden als Trolle verstanden, die die Meinungsbildung aus ihrer Sicht negativ beeinflussen könnten. So konnte sich auch mit den neuen Interaktions- und Kommunikationsmöglichkeiten des Web 2.0 sich dem Ideal eines „herrschaftsfreien Diskurses“ nicht genähert werden.

Fazit

- Die Technologie, so auch das Internet, muss immer den Menschen im Fokus haben, von seinen sozialen Kontexten und kulturellen Handlungsmaximen her gedacht werden.
- Wenn sich Politik nur auf reaktives Handeln beschränkt, wird sie schnell zum Spielball fremder Interessen. Parlamentarier müssen ihre netzpolitischen Gestaltungsaufgaben besser und entwicklungsnahe wahrnehmen.
- Politik muss Konzentrationsprozessen im Netz, die von Internetkonzernen ausgehen und Einfluss auf die Meinungsvielfalt haben, gegensteuern können.
- Manipulationen im Netz müssen für die Menschen schneller transparent werden.

Auf alle diese Fragen versucht diese Arbeit Antworten zu geben.

Noch etwas wurde im Zuge dieser medienwissenschaftlichen Arbeit deutlich. Die Bearbeitung des Untersuchungsgegenstandes, nämlich die Auswirkungen der neuen digitalen Medien auf die politische Kommunikation im Sinne einer Vertiefung oder Erweiterung demokratischer Absichten und Strukturen, erforderte oft eine interdisziplinäre Herangehensweise. Was wiederum zu Überlegungen in Richtung einer Erweiterung der Methoden im Bereich der Medienwissenschaft führt. Die Geschwindigkeit, mit der sich die technischen Möglichkeiten des Internets weiterentwickeln, und die immer häufiger auftretenden Leaking-Fälle und transnationalen Cyber-Angriffe auf sensible Systeme zeigen, dass eine Methode, wie die Foresight Methodologie, helfen kann, neue Gestaltungsmöglichkeiten aus medienwissenschaftlicher Betrachtung aufzuzeigen.

Und die digitale Welt hat sich schon wieder weitergedreht. Neue Themen und Herausforderungen, die unseren Alltag beeinflussen könnten, stehen im Mittelpunkt der Diskurse rund um das Internet. Bitcoins und Blockchain sind aktuelle Buzzwords, die auf neue Phänomene aus dem Darknet hindeuten. Darum ist es so wichtig, sich den Entwicklungen im Netz und ihren Auswirkungen auf die politische Kommunikation fortlaufend zu widmen.

Digitale Medien zwischen Transparenz und Manipulation
Internet und politische Kommunikation in der
repräsentativen Demokratie

Wallner, R.M.

2018, XV, 322 S. 21 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-19857-2